

FrauenSicht, Nr. 3/05

✱ Deutschland: Vom geplanten Unterhaltsrecht profitiert vor allem der Staat

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) schlägt eine Novelle (Revision) des Unterhaltsrechts vor, welche die Ansprüche von Kindern zu Lasten geschiedener Partner – meistens der Frau – stärken soll. Danach soll es eine neue Rangfolge der Anspruchsberechtigten geben: Zuerst kommen die Kinder und danach Mütter (oder Väter), die Kinder erziehen. Ob die Mütter verheiratet waren oder nicht, soll keine Rolle mehr spielen. Auf Rang drei kommen geschiedene Ehefrauen, die keine Kinder erziehen. Grösster Profiteur wird aber der Staat sein, weil der Gesetzesentwurf das Steuerrecht nicht beachtet: Nur den Unterhalt an die Ex-Frau kann der Mann steuerlich

absetzen, nicht aber Zahlungen an Kinder. Mit der neuen Regelung, wonach der Unterhalt vorrangig an die Kinder geht, können die Unterhaltspflichtigen weniger Steuerabzüge machen. Sie müssen mehr Steuern bezahlen, ihr Nettoverdienst sinkt und damit wird auch die Berechnungsgrundlage für den Unterhalt geringer. Kinder und Frauen bekommen weniger Geld.

Das TV-Politmagazin «Panorama» berechnete die Folgen der geplanten Reform für ein Paar mit zwei Kindern und einem Einkommen des unterhaltspflichtigen Vaters von 2300 Euro (3500 Franken) Monatslohn (brutto). Danach sinkt der Unterhalt für Mutter und Kinder um 121 Euro (186 Franken) von heute 665 auf 544 Euro im Monat. Hingegen kassiert der Staat vom Vater monatlich fast 90 Euro (138 Franken) mehr Steuern.

Das Bundesjustizministerium bestritt gegenüber «Panorama» einen Einkommensverlust für Betroffene. Um Unterhaltszahlungen an die Ex-Frau abzusetzen, sei die Hilfe eines Steuerberaters nötig. Diesen könnten sich sowieso nur Personen mit höherem Einkommen leisten.

Zurzeit haben Kinder und verheiratete Mütter die gleichen Ansprüche, während unverheiratete Mütter benachteiligt sind. Sie haben beispielsweise nur bis zum dritten Lebensjahr des Kindes einen eigenen Unterhaltsanspruch gegenüber dem biologischen Vater des Kindes, verheiratete Mütter hingegen bis zum elften Lebensjahr des Kindes.

«Erst die Kinder, dann die Ex-Frau»

Süddeutsche Zeitung, D-München, 10.5.2005

[GZ-6]

✱ Deutschland: Kosmetik-Kette unterstützt Hamburger Frauenhäuser

Die international tätige Kosmetik-Kette The Body Shop unterstützt die Hamburger Frauenhäuser, die in einer Finanzierungskrise stecken. Die Hamburger Body Shop-Filialen schminken Frauen kostenlos und bitten sie dafür um eine Spende für die Frauenhäuser. Jährlich finden rund 2000 von männlicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder dort Zuflucht. Trotzdem hat der Hamburger CDU-Senat (Regierung) den Etat der Frauenhäuser von 2,4 Millionen Euro (3,7 Millionen Franken) im letzten Jahr auf 1,8 Millionen Euro (2,7 Millionen Franken) im kommenden Jahr gesenkt.

Laut Marion Klussmann, Sprecherin der sechs Hamburger Frauenhäuser, ist es grundsätzlich schwierig, Firmen für ein finanzielles Engagement gegen häusliche Gewalt zu motivieren. Eine Ausnahme ist Body Shop-Gründerin Anita Roddick, die zum Start der Sammelaktion selber nach Hamburg kam. Roddick: «The Body Shop ist für mich das Instrument, um Politik zu machen.» Seit Jahren engagiert sich das Unternehmen gegen häusliche Gewalt. The Body Shop

fördert auch Projekte im Tier- und Umweltschutz, im fairen Handel und unterstützt Menschenrechtsaktionen.

So hat The Body Shop im Vorjahr gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes im deutschsprachigen Raum die mehrjährige Kampagne «Stoppt häusliche Gewalt!» lanciert. Die Filialen verkaufen Anstecknadeln mit dem Kampagnemotiv, ein speziell gekennzeichnetes Charity-Produkt und sammeln alte Handys. Der Erlös geht ganz oder teilweise an Terre des Femmes (vgl. FrauenSicht 2/04, S. 13).

Adresse: Weitere Informationen über die Kampagne sind auf der Webseite von Terre des Femmes abrufbar: www.frauenrechte.de/themen/aktuelles/bodyshop-kampagne.html

«Body Shop unterstützt Frauenhäuser»

Frankfurter Rundschau, D-Frankfurt, 17.6.2005 [GW-32]

Deutschland: Frauenanteil an Habilitationen fast verdoppelt

Der Frauenanteil an den Habilitationen in Deutschland hat sich zwischen 1993 und 2004 fast verdoppelt. Laut dem Statistischen Bundesamt lag er 1993 bei 12 und letztes Jahr bei 23 Prozent. Das sind 518 Wissenschaftlerinnen, die sich letztes Jahr habilitierten.

Am höchsten war der Anteil der angehenden Professorinnen in den Sprach- und Kulturwissenschaften mit 35 Prozent. Im Vergleich zu 2003 war dieser Anteil allerdings leicht rückläufig. Auch in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sank der Frauenanteil im Vergleich zum Jahr 2003 um drei Prozent auf rund 22 Prozent. Gestiegen ist der Frauenanteil an den Habilitationen hingegen in den Fächern Humanmedizin und Mathematik/Naturwissenschaften, wo er im Jahr 2004 mit jeweils 19 Prozent einen Höchststand erreichte.

Mit der Habilitation weisen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Lehrbefähigung nach und können sich um eine Professur bewerben. Der Frauenanteil bei den Professuren ist mit 13 Prozent nach wie vor sehr gering. In der höchsten Besoldungsstufe liegt er sogar nur bei knapp 9 Prozent. Hoffen lassen laut Marianne Kriszio, Frauenbeauftragte an der Berliner Humboldt-Universität, die Neuberufungen. Im Jahr 2003 lag der Frauenanteil bei den neu auf einen Lehrstuhl Berufenen immerhin bei 18 Prozent.

«Immer mehr Frauen habilitieren sich»

Süddeutsche Zeitung, D-München, 11.6.2005 [WI-7]

8. Weltkongress von Metropolis Stadtentwicklung zur Frauensache machen

zwd (Berlin) - „Tradition & Transformation - Die Zukunft der Stadt“ lautete das Motto des 8. Weltkongresses von Metropolis unter der Schirmherrschaft des deutschen Bundespräsidenten. Das weltweite Netzwerk der Metropolen und Hauptstädte, das allein 84 Städte mit einer Einwohnerzahl von über einer Million Einwohnern einschließt, feierte nicht nur den 20. Jahrestag seiner Gründung, es legte auch den Grundstein für ein internationales Frauennetzwerk: Erstmals trafen sich Bürgermeisterinnen, Stadt- und Gemeinderätinnen sowie andere kommunale Vertreterinnen auf einem Metropolis angegliederten Frauenkongress zum Thema: „Frauen und ihre Rolle in der Stadtentwicklung“.

Joan Clos i Matheu, Bürgermeister von Barcelona und Präsident von Metropolis, dankte in einer Eröffnungsrede besonders Francine Senécal, Vizepräsidentin des Exekutivkomitees der Stadt Montreal und zukünftige Präsidentin des Frauennetzwerkes, für ihre Schlüsselfunktion im Aufbau desselben.

Christel Riemann-Hanewinkel, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mahnte eine geschlechtergerechte Stadtplanung an und verwies auf die effiziente Arbeit des Berliner Frauenbeirates: „Frauen nutzen Städte anders als Männer, sie haben andere Bedürfnisse und andere Erfahrungen.“ Gendermainstreaming sei als Leitprinzip des kommunalen Handelns konsequent in allen Bereichen zu implementieren und Frauen in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Inakzeptabel sei die Tatsache, dass bei einem weiblichen Bevölkerungsanteil von 53 Prozent nur acht Prozent aller deutschen Städte von Frauen regiert werde.

Dagegen sieht die Machtverteilung in der städtischen Planung und Entwicklung Schwedens anders aus: Auf 53 Stadträte kommen 48 Stadträtinnen, berichtete Catherina Tarras-Wahlberg, stellvertretende Bürgermeisterin von Stockholm.

Dies läge vor allem an der frühen Bewusstseins-schaffung in der schu-

lischen Aufklärung Schwedens: „Alle müssen lernen, durch die geschlechterspezifische Brille zu schauen“, um urbane Sicherheit und Lebensqualität zu garantieren. Dazu gehören, nach Ansicht von Tarras-Wahlberg, auch ethische Regeln im Werbebereich, um die steigende Sexualisierung des öffentlichen Raums zu unterbinden.

Dr. Anna Tibaijuka, Exekutiv Direktorin UN-HABITAT, Nairobi, verwies auf die prekäre Situation von Frauen in Afrika: „Urbanisierung der Armut ist Feminisierung der Armut.“ UN-HABITAT unterstütze daher verstärkt Kommunen, die die Lebensbedingungen von Frauen in Elendsvierteln verbesserten. Es bedürfe neuer Werte und gesetzlicher Rahmenwerke, um Frauen vor Marginalisierung zu schützen, sonst würden sie zum „Stoßdämpfer“ bestehender Probleme.

Die etwa 200 Teilnehmerinnen und 20 Teilnehmer des Frauenkongresses bekamen durch die zahlreichen kompetenten Sprecherinnen aus Lateinamerika, Afrika und Europa einen weitreichenden Einblick in die Problematik geschlechter(un)gerechter Stadtentwicklung und wurden von Berthe Aissara Bengaly, Ministerin für Förderung von Frauen, Kindern und Familien, Bamako, dorthin zum nächsten Frauennetzwerk-Treffen 2006 eingeladen. ■

Corinna Waffender,
freie Journalistin und Autorin in Berlin

Frauenanteil im neuen nordrhein-westfälischen Landtag

CDU baut ab, Rot-Grün legt zu

zwd Düsseldorf (kri) - Die Wählerinnen in Nordrhein-Westfalen haben sich für eine schwarz-gelbe Regierung entschieden. Was das für die Frauenpolitik bedeutet, hat der *zwd Frauen und Politik* in seiner Ausgabe Nr. 218 dargestellt. Der designierte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers will das „Beauftragten-

unwesen“ abschaffen und brüskiert damit alle hauptamtlichen NRW-Gleichstellungsbeauftragten. Dazu passt das aktuelle Genderbild des NRW-Landtags. Dort sitzen nur noch 51 Frauen - dafür aber 136 Männer. Verantwortlich für das Absinken der Frauenquote von über 30 Prozent im Jahr 2000 auf nunmehr 27 Prozent, ist der geringe

CDU-Frauenanteil im neuen Landtag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes: Waren vor fünf Jahren noch 19 der 88 CDU-Abgeordneten Frauen, sind es 2005 noch genau 11, obschon die Konservativen ein Mandat hinzugewonnen haben. Der *zwd* hat die Mandatsverteilung nach Parteien und Geschlechtern zusammengestellt:

Partei	Sitze insgesamt		davon Frauen		Frauenquote in Prozent	
	2000	2005	2000	2005	2000	2005
CDU	88	89	19	11	21,6	12,4
SPD	102	74	38	31	37,3	41,9
FDP	24	12	6	3	25,0	25,0
Grüne	17	12	9	6	52,9	50,0
Gesamt	231	187	72	51	31,2	27,3

Quelle: Die Landeswahlleiterin Nordrhein-Westfalen, www.wahlen.lds.nrw.de/landtagswahlen/2005

Konferenz des Nordischen Ministerrates

Gleichberechtigte Eltern - ein Weg aus der Demographie-Falle?

zwd Berlin (kri) - Wie machen die Skandinavi-
erinnen das bloß? Bekommen Kinder und gehen
einer Arbeit nach, als wäre es das Normalste der
Welt. „Familienpolitik als Instrument zur Lösung
zukünftiger Probleme in der Wirtschaft und auf dem

Arbeitsmarkt“, lautete der Titel einer Veranstaltung
des Nordischen Ministerrates Ende April in Berlin.
Dort konnten sich die Deutschen einmal mehr ein
Beispiel an Schweden, Finnland, Norwegen und
Island nehmen.

In Deutschland wird es noch ein ganze
Weile dauern, bis Müttern die Erwerbstä-
tigkeit erleichtert wird. Erst 2006 will Bun-
desfamilienministerin Renate Schmidt
dem Kabinett einen Gesetzentwurf zum
Elterngeld vorlegen. In CDU-Kreisen
favorisiert frau gar das Konzept des
Familiengeldes, das auf das frühere
Gehalt der Mutter überhaupt keinen Wert
legt. Dabei müssten wir Deutschen nur
dem skandinavischen Beispiel folgen: In
Island, Finnland, Norwegen und Schwe-
den wird den Eltern schon seit einigen
Jahren ein am früheren Lohn orientiertes
Elterngeld gezahlt. Dazu verfügen die
Länder über ein flächendeckendes und
erschwingliches Tagesbetreuungssys-
tem für Klein- und Schulkinder. Die
Folge: Frauen sind zu über 70 Prozent
erwerbstätig, auch Väter bleiben zu Hau-
se, die Geburtenrate steigt wieder.

In Island gibt es erst seit 2000 Elterngeld

Dabei kam das kleine und wirtschaftlich
starke Island erst im Jahr 2000 auf den
Gedanken, eine Elternzeit für Mütter und
Väter einzuführen. Neun Monate können
dort Kinder betreut werden, ohne dass
die zuvor berufstätigen Eltern den Gang
zum Sozialamt fürchten müssten: 80
Prozent des vorherigen Gehalts werden
für die Zeit gezahlt. Und das bis zu dem
ansehnlichen Gehalt von 6900 Euro im
Monat. Damit nicht doch wieder nur
Mütter die Kinder betreuen, schreibt
das isländische Elternzeitgesetz den
Männern vor, mindestens 3 Monate mit
ihren Kindern zu verbringen. Denn auch
in Island stufen Arbeitgeber Frauen als
weniger verlässlich ein, weil sie schwan-
ger werden könnten. „Das wollten wir
ändern“, betont der isländische Sozial-

minister Arni Magnussen und berichtet
von Diskriminierungen, denen sich
bislang nur Frauen ausgesetzt sahen:
Männern in der Elternzeit wird plötzlich
gekündigt. Für Magnussen eindeutig ein
Hinweis darauf, dass für eine geschlech-
tergerechte Gesellschaft noch einiges
getan werden muss.

Schwedens Frauen arbeiten zu fast 80 Prozent

Auch in Schweden „liegt der Frage, wie
Kinder und Karriere am besten zu kom-
binieren sind, eine langjährige Politik der
Geschlechtergerechtigkeit zugrunde“,
sagt Anders Teljebäck, Staatssekretär
im schwedischen Wirtschaftsministe-
rium. Dabei argumentiert Teljebäck ganz
ökonomisch: Die Vollbeschäftigung
auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen sei
oberstes Ziel für die schwedische Regie-
rung. Und das wiederum sei nur dann
möglich, wenn es gute Bedingungen
zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
gebe. Das scheint gelungen zu sein: Die
Frauenerwerbsquote liegt bei 79,2 Pro-
zent, die der Männer bei 84,3. Der Weg
dahin verlief ähnlich dem isländischen.
Für jedes Kind stehen 480 Tage Eltern-
zeit zur Verfügung, die grundsätzlich
zwischen den Eltern aufgeteilt werden
können. Zwei Monate sind speziell für
Vater oder Mutter reserviert und ver-
fallen, sollte sich ein Elternteil die Zeit
nicht nehmen wollen. Auch in Schwe-
den beträgt der Lohnersatz während
der Kinderbetreuungszeit 80 Prozent
des vorherigen Gehalts, versehen mit
einem Höchstbetrag. Die Deckelung hat
aber im Zusammenhang mit dem ge-
schlechtsspezifischen Lohngefälle dazu
geführt, dass Väter lieber arbeiten als
den Lohnersatz in Anspruch zu nehmen.

„Unsere Regierung plant daher, diesen
Betrag anzuheben“, so Teljebäck.

In Finnland können Eltern zehn Mo-
nate zu Hause bleiben, und dabei das
einkommensabhängige Elterngeld
beziehen. Drei Wochen der Elternzeit
sind für den Vater reserviert. Außerdem
haben beide Elternteile die Wahl, danach
wieder in die Erwerbstätigkeit zurück zu
kehren oder sich drei Jahre lang selbst
um ihr Kind zu kümmern. Ihr Arbeitsplatz
bleibt Ihnen auf jeden Fall erhalten. Für
die finnische Staatssekretärin im Ministe-
rium für Soziales und Gesundheit, Leila
Kostiainen, ist ein weiterer Punkt wichtig:
„Ohne unser Tagesbetreuungsangebot
könnten die Mütter und Väter nach der
Elternzeit nicht zurück in ihre Jobs“.

Gleichstellungsgesetz wirkt in Norwegen seit 1978

NorwegerInnen sehen sich vergleich-
baren Verhältnissen gegenüber gestellt.
Werden sie Eltern, können sie entweder
52 Wochen 80 Prozent ihres ehemaligen
Gehalts beziehen oder gar 42 Wochen
den vollen Lohn. Die Höchstgrenze
liegt bei 44.086 Euro Jahresgehalt.
Erwerbslose Mütter erhalten eine Pau-
schalleistung von etwa 4.198 Euro.
Daneben zahlt der Staat ein Kindergeld
von 121 Euro im Monat. Die Kinderbe-
treuung darf in Norwegen seit Mai 2004
nicht mehr als etwa 340 Euro kosten.
Berit Oksnes Gjerlow vom Ministerium
für kulturelle und kirchliche Angele-
genheiten sieht den Grundstein dieser
Entwicklung im 1978 beschlossenen
norwegischen Gesetz zur Gleichstellung
der Geschlechter: „Schon damals haben
wir besonderes Gewicht auf die Kombi-
nation von Arbeits- und Familienleben
gelegt.“ ■

EU-Verfassungsvertrag

Für Frauen steht einiges auf dem Spiel

zwd Darmstadt - In Deutschland ist er ratifiziert worden, Französlinnen und NiederländerInnen lehnen ihn rundweg ab: Der EU-Verfassungsvertrag bietet die Grundlage für zahlreiche Kontroversen. Aus Frauensicht scheint

er eindeutiger zu sein. Was den Frauen verloren geht, wenn der Vertrag im Papierkorb der EU verschwinden sollte, zeigt das nachfolgende Interview mit Dr. Katharina Wöhlermann, Europarechtsexpertin der TU Darmstadt.

zwd: Ist die Gleichstellung von Frau und Mann nun als Grundwert in dem neuen Verfassungsvertrag verankert?

Katharina Wöhlermann: Ja, wohlwollender Weise an zahlreichen Stellen des EU-Verfassungsvertrages (EU-VerfV), nicht nur explizit als Grundrecht, sondern als Querschnittsmaterie und Handlungsmaxime der EU-Organe und Mitgliedstaaten. So finden sich im Bereich der Festlegung der Ziele, Politika, Grundrechte und der Regeln für den Binnenmarkt der EU, also auch jenseits der im Grundrechtsteil statuierten Maßgaben, umfassende Handlungsvorgaben.

Wird es durch die EU-Verfassung eine verbesserte Möglichkeit für Bürgerinnen geben, den Gleichbehandlungsgrundsatz auf europäischer Ebene rechtlich durchsetzen zu können?

Ja, sofern der Verfassungsvertrag von allen 25 Mitgliedstaaten unterschrieben wird und zum 01.11.2006 Geltung erlangt. Denn durch ihn erhalten Frauen nicht nur mehr Rechte, sondern es werden auch die Formen rechtlicher Gegenwehr erweitert. Es gilt aber festzuhalten, dass die Erfolgsaussichten schon nach geltendem Recht gut sind, da nicht nur entsprechende Rechtsschutzmöglichkeiten bestehen, sondern die Vorlagefreude der nationalen Gerichte an den EuGH gestiegen ist und überdies die Gerichte auf die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Auslegung und Rechtsanwendung hinzuwirken haben. Über den seit Jahren angemahnten Benachteiligungsabbau wacht auch künftig die EU-Kommission (Art. III-216 VerfV), deren Berichte und Statistiken so eindrucksvoll das Diskriminierungspotential in Deutschland belegen - geschieht das Verlangte nicht, wird der Mitgliedstaat vor dem EuGH verklagt,

so wie jüngst Deutschland wegen Nichtumsetzung der Gleichbehandlungs-Richtlinien.

Was könnte sich für die nationale Gender- und Frauenpolitik durch die Ratifizierung der EU-Verfassung ändern?

Da die europäischen Gleichstellungsziele ehrgeiziger als die deutschen formuliert sind, werden die Anforderungen an die betriebliche Gleichstellungspolitik und den Umsetzungsrahmen von Individualansprüchen konkreter. Gleichstellungsverpflichtungen, bisher bis auf wenige Ausnahmen nur Pflicht im öffentlichen Dienst, müssen einfachgesetzlich statuiert und erleichtert einklagbar sein, da Versuche wie der in 2003 gestartete zwischen Regierung und Wirtschaft, auf freiwilliger Basis den Diskriminierungsabbau voranzutreiben, nicht mit dem notwendigen Erfolg gekrönt waren. Vor allem weil in Deutschland der Weg zur Gleichberechtigung erwiesenermaßen steiniger ist als in anderen EU-Ländern und Versuche in der Vergangenheit, auf freiwilliger Basis zu operieren und in die Privatwirtschaft mehr Geschlechtergerechtigkeit zu implementieren, nichts gefruchtet haben, liegt die Hoffnung auf Gesetzen aus Brüssel bzw. auf dem Richterrecht aus Luxemburg.

Gibt es durch die Verfassung direktere Möglichkeiten der EU-Institutionen in die nationale Gender- und Frauenpolitik einzugreifen?

Ja, Politikgrundsätze der EU verpflichten die Vertragsunterzeichner, es der Union gleich zu tun und nach ihrem Vorbild "Vielfalt zu leben", Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Nachdruck zu implementieren. Darüber wacht die Kommission auch in Zukunft - und verklagt Deutschland ggf.

wegen Untätigkeit vor dem EuGH.

Wo liegen die Schwächen des Entwurfs aus frauenpolitischer Sicht?

Ich sehe kaum Schwächen. Im steten Bemühen um die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner erwiesen sich, mit Blick auf die Anliegen etwa der IrInnen, zahlreiche Themen wie das Recht auf Scheidung oder Schwangerschaftsabbruch in der Vergangenheit als nicht konsensfähig. Von

„Ich sehe kaum Schwächen“

daher ist der vorgelegte Vertrag mit den in ihm enthaltenen Verbürgungen in puncto Schutz der Frau vor erzwungenen Schwanger-

schaften, vor sexueller Ausbeutung und Gewalt oder Menschenhandel sowie dem Recht auf freie Partnerwahl ein großer Erfolg.

Welche weiteren europäischen Schritte auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit müssten jetzt Ihrer Meinung nach folgen?

Das gegen Deutschland derzeit wegen Nichtumsetzung der EU-Egalitätsvorgaben laufende Vertragsverletzungsverfahren wird hoffentlich dazu führen, dass die EU-Vorgaben in einer breiten Öffentlichkeit - und objektiver als derzeit - in den Medien diskutiert werden. Das wiederum lässt hoffen, dass die Widerstände von Unternehmer-, Grundbesitzer- und Immobilienverbänden und weiteren Gesetzesgegnern gegen das jüngst vorgelegte Antidiskriminierungsgesetz (ADG) schwinden, da doch der Blick in die EU-Staaten, die bereits ein ADG haben, zeigt, dass keine Prozessfluten über Deutschland rollen werden und auch die Vertragsfreiheit nicht durch reihenweise einem Vertragspartner aufgezwungene Verträge untergehen wird. ■

Das Interview führte Kerstin Rippel

Gleichstellung in der evangelischen Kirche

Kirchentag fest in Frauenhand

zwd Hannover (ske) - Auf dem 30. evangelischen Kirchentag waren Frauenfragen von zentraler Bedeutung. Eigene Podien zum Thema Frauen und Geschlecht behandelten etwa das Vereinbarkeitsdilemma. Wie es innerhalb der evangelischen Kirche um die Gleichstellung der Geschlechter bestellt ist,

hat der zwd genauer untersucht. Auf der Laienebene - und damit im ehrenamtlichen, also unbezahlten Tätigkeitsbereich - agieren hauptsächlich Frauen und kaum Männer. Ein Lichtblick sind zwei weibliche Führungsfiguren: Margot Käßmann und Friederike von Kirchbach.

Vom 25. bis 29. Mai fand in Hannover der 30. Kirchentag statt. Gastgeberin ist Margot Käßmann, als Landesbischofin von Hannover in der Hierarchie der evangelischen Kirche derzeit die ranghöchste Frau. Auch die Organisatorin der Großveranstaltung ist eine Frau. Seit 2000 ist Friederike von Kirchbach Generalsekretärin des Kirchentages. Ab Mitte Juni wird sie sich allerdings anderen Aufgaben widmen. Dann geht sie als Pröpstin zur Kirche Berlin-Brandenburg/schlesische Oberlausitz und wird zur ersten weiblichen Stellvertreterin von Bischof Wolfgang Huber. Damit liegt der diesjährige Kirchentag fest in der Hand von zwei schillernden Kirchenfrauen. Käßmann und von Kirchbach verbindet nicht nur, dass sie Mütter von vier bzw. drei Kindern sind, beiden dürfte auch eine weitere Karriere in der evangelischen Kirche sicher sein.

Frauen an der Spitze keine Seltenheit

Doch sie sind keineswegs einsam an der Spitze ihrer Religionsgemeinschaft. Der Anteil der Frauen an der Kirchenleitung ist in den 23 eigenständigen Landeskirchen in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen: von 18,9 Prozent im Jahr 1993 auf über 27 Prozent im Jahr 2003. Auch in den Leitungsgremien der Kirchenverwaltung, die einflussreicher sind und eine hauptamtliche Karriere ermöglichen, verdoppelte sich der Frauenanteil in diesem Zeitraum auf 19,5 Prozent.

Dabei ist die Gleichstellung in den Landeskirchen ganz unterschiedlich weit fortgeschritten. Die meisten Frauen in der Kirchenleitung gibt es in

Nordelbien. Von 13 Mitgliedern sind acht Frauen (61,5 %). Hier wird auch die Kirchenverwaltung zu 40 Prozent von Frauen geleitet. Schlusslicht in punkto Gleichstellung bei den leitenden Geistlichen ist Thüringen, wo acht Männer und eine Frau an der Spitze stehen (12,5 %). Bei den leitenden Verwaltungstätigkeiten sind in einigen Landeskirchen, wie Anhalt, Lippe und Mecklenburg gar keine Frauen vertreten.

Frauenreferate spielen wichtige Rolle

Zu der insgesamt aber positiven Entwicklung wird neben den Vorbildfrauen, wie Maria Jepsen, heute in einem Team an der Spitze der nordelbischen Kirche, auch die Arbeit der Frauenreferate und Gleichstellungsstellen beigetragen haben.

Von den 23 Landeskirchen verfügen 15 über eine solche Einrichtung, die ersten wurden Ende der 90er Jahre eingerichtet.

Auf der siebten Synode der Dachorganisation, der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), wurde beschlossen: „Wir wollen, dass Wirklichkeit, Erfahrungen und Fähigkeiten von Frauen in Kirche und Theologie ebenso zur Geltung kommen wie die von Männern.“ Das war 1989. 1992 wurde dann ein zentrales Frauenreferat eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, die Arbeit der landeskirchlichen Gleichstellungsstellen zu koordinieren. Ziel ist es aber auch, das theologische Verständnis der Rolle von Frauen und Männern sowie das Gottesbild zu verändern. Dazu werden

unter anderem hervorragende Forschungsarbeiten in der feministischen Theologie ausgezeichnet. Inzwischen gibt es geschlechtergerechte Gottesdienstentwürfe und Gebete. Seit 2002 läuft in elf der Landeskirchen auch ein Mentoring-Programm, das Frauen den Aufstieg in der kirchlichen Hierarchie erleichtern soll.

Gottesdienste und Gebete zunehmend geschlechtergerecht

All diese Aktivitäten haben wohl auch dazu geführt, dass im obersten Leitungsgremium der EKD, im Rat (vergleichbar mit einer Regierung), das Geschlechterverhältnis mit sieben Frauen und acht Männern inzwischen

ausgeglichen ist. Von den 120 Mitgliedern der Synode, dem Kirchenparlament, sind zwar 54 Frauen. Sie stellen allerdings - und das ist

eben auch noch typisch für die Kirche - die Mehrheit bei den Laien, während die Gruppe der TheologInnen zu mehr als zwei Dritteln aus Männern besteht. Die ehrenamtliche Gemeindearbeit an der Basis wird immer noch fast ausschließlich von Frauen gemacht. Dort fehlen die Männer.

Vor wenigen Wochen ist das Frauenreferat daher in Referat für Chancengleichheit umbenannt worden. „Wir möchten auch das Rollenbild der Männer verändern. Sie sollen aktiv in den Gemeinden die Fürsorge übernehmen, der sie sich entzogen haben“, so die Referentin Dr. Kristin Bergmann. Zudem gäbe es immer mehr Männer, die Familie und Beruf vereinbaren wollten. „Und auch diese brauchen unsere Unterstützung.“ ■

„Wir möchten auch das Rollenbild der Männer verändern“

Zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz

Ambivalentes Zwischenergebnis

zwd Berlin (dia) - Zuerst die gute Nachricht: Seit der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 konnten in vielen Ländern Frauenrechte gesetzlich verankert werden. Die schlechte Nachricht: Diese Verbesserungen finden vor dem Hintergrund einer wachsenden sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern statt. Frauen gehören

dabei zu den Verliererinnen der globalen Entwicklung. „Geschlechtergerechtigkeit auf dem Prüfstand“ lautete der Titel einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Marie-Schlei-Vereins am 20. Mai in Berlin, bei der Frauenrechtlerinnen die Veränderungen seit Peking diskutierten.

Seit der Pekinger Aktionsplattform haben die frauenpolitischen Bemühungen vor allem in den Entwicklungsländern zu Erfolgen geführt, resümierten die Frauenrechtlerinnen während der Veranstaltung. So berichtete Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins, dass im zentralafrikanischen Ruanda mittlerweile mehr Frauen im Parlament sitzen als in den skandinavischen Ländern - und die Regierung dort paritätisch besetzt ist. Neun afrikanische Länder haben inzwischen Gesetze gegen Genitalverstümmelung verabschiedet, ergänzte Birgit Dederichs-Bain, Vorstandssprecherin des NRO-Frauenforums. Auch „Ehrenmorde“ und Vergewaltigung in der Ehe würden bereits in vielen Ländern strafrechtlich verfolgt. Südafrika sei bei der verfassungsrechtlichen Verankerung von Frauenrechten sogar Spitzenreiter, so Dederichs-Bain.

Frauen sind

ärmer als je zuvor

Jenseits dieser Erfolge aber hapert es gewaltig an der Umsetzung der in Peking deklarierten Ziele, die 1995 mit großer Begeisterung verabschiedet worden waren. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und bei der Armutsbekämpfung sieht die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Ursula Engelen-Kefer, wenig Grund zum Aufatmen. „In den meisten Ländern sind Frauen ärmer als je zuvor“, betonte sie. Mädchen seien noch immer die ersten, die aus Bildungsprozessen herausfielen, womit der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert werde, was wiederum das Armutsrisiko verstärke. Auch die minderwertigen Arbeitsbedingungen brachte die DGB-Vize zur

Sprache. „Häufig bleibt Arbeiterinnen gar nichts anderes übrig, als unmenschlich lange Arbeitszeiten und gefährliche Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen.“ Nach wie vor seien die Löhne in vielen Ländern so niedrig, dass die Arbeitsplätze faktisch zur Armut beitragen würden, so Engelen-Kefer. Und viele Regierungen würden unter dem Druck internationaler Investoren ArbeitnehmerInnenrechte abbauen.

„Selbstschwächung des Staates“

80 Prozent aller Ziele, die in Peking formuliert wurden, betreffen die Regierungen. Die Wirtschaft kam gewissermaßen unbehelligt davon. „Nur die wenigsten Forderungen richten sich an Unternehmen“, monierte etwa Inge von Bönninghausen, frühere Vorsitzende des Deutschen Frauenrats. Sie verwies auf das in Deutschland diskutierte Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, dessen Entwurf vor vier Jahren auf Druck der Arbeitgeber wieder von der Bildfläche verschwunden war. Was davon übriggeblieben ist – eine unverbindliche Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit – zeige die Bereitschaft der Regierung, den Interessen der Arbeitgeber nachzugeben. „Es ist ein Skandal, wenn auf Druck einer Lobbygruppe ein Gesetzentwurf vom Tisch gewischt und damit die demokratische Verfahrensweise geschwächt wird.“ Für von Bönninghausen steht der misslungene Versuch, das Gleichstellungsgesetz zu erlassen denn auch für die seit Ende

des Kalten Krieges zu beobachtende Selbstschwächung des Staates, der sich aus seiner gesetzgeberischen Verantwortung zurück zieht. „Dabei hätte das Gesetz den Steuerzahler nicht einen Cent gekostet“, so die Frauenrechtlerin.

„Familienpolitik ersetzt keine Gleichstellungspolitik“

Auch Engelen-Kefer forderte, die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Zwar sei die von Rot-Grün betriebene gleichstellungsorientierte Familienpolitik zu begrüßen, weil viele Mütter nach der Elternzeit Probleme hätten, wieder einen Job zu finden. „Familienpolitik ist jedoch kein Ersatz für Gleichstellungspolitik in den Betrieben“, betonte die DGB-Vize und verwies auf die weiter gestiegene Zahl von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Demnach arbeiten mehr als 40 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen in Deutschland in Teilzeit, jede zehnte in geringfügiger Beschäftigung.

Zeitbombe Altersarmut

Und bei denjenigen, die trotz ihres Gehalts unter die Armutsgrenze fallen, ist der Frauenanteil mit über 70 Prozent besonders hoch, vor allem im Dienstleistungsbereich. „Hier tickt eine Zeitbombe“, so Engelen-Kefer. Denn Teilzeitarbeit und Armutslohne, geringfügige Beschäftigung und Minijobs führten zu Armut im Alter. „Altersarmut hat ein weibliches Gesicht“, warnte die Gewerkschafterin. Solange Frauen Vollzeitjobs und Familie kaum miteinander vereinbaren könnten, dürfe darum nicht an der Witwenrente gerüttelt werden. ■

Frauenhäuser

Stückhack für arbeitslose Frauen beendet

vd Berlin (dir/kri) - Der Weg für eine eindeutige Zuweisung der Kosten für arbeitslose Frauen in Frauenhäuser ist frei. Anfang Oktober 2005 soll das Freibetragsneuregelungsgesetz in Kraft treten, das am 1. Juni vom Bundestag beschlossen worden ist. Die Vorsitzende der PD-Frauenarbeitsgemeinschaft (ASF), Elke Ferner, begrüßte, dass damit einer ASF-Forderung nach der Beseitigung von Unklarheiten Rechnung getragen worden sei.

Der von SPD, Grünen und Unionspartei eingebrachte Gesetzesentwurf schafft für arbeitslose Frauen eine neue Regelung: Suchen sie in einem Frauenhaus Schutz, das nicht an ihrem Wohnort liegt, zahlt dennoch die Heimatkommune verpflichtet, die Kosten für den Aufenthalt der Frauen zu tragen. Mit dieser Lösung wird das bürokratische Hin und Her zwischen einzelnen kommunalen Trägern, erklärte Elke Ferner. Außerdem werde dadurch eine einseitige Kostenbelastung derjenigen kommunalen Träger vermieden, die ein Frauenhaus unterhalten, so Ferner weiter.

Nun bedarf es noch der Zustimmung des Bundesrats, der am 8. Juli tagt. Wir appellieren an den Bundesrat, sich ebenfalls der sozialen Verantwortung zu stellen und das Gesetz zu unterstützen“, betonte Ferner. Nur so könne sichergestellt werden, dass alle Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen seien, auch in Zukunft einen sicheren Zufluchtsort haben werden. Eine Blockade der Länderchefs ist indes unwahrscheinlich: „Die Chancen für eine Zustimmung im Bundesrat stehen gut, da der Gesetzesentwurf aktionsübergreifend eingebracht wurde“, so die frauenpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Maria Chhorn, gegenüber dem zwd. Zudem handelt es sich um die Umsetzung der Ergebnisse des Jobgipfels, der im März zwischen der Bundesregierung und der CDU/CSU vereinbart worden war, so Chhorn. ■

Ökumene

Kirchen gegen Gewalt

zwd Heppenheim (kri) - Zum ersten Mal haben sich VertreterInnen der katholischen und evangelischen Frauen- und Männerarbeit getroffen, um gemeinsame Wege zur Überwindung zwischenmenschlicher Gewaltanwendung zu finden. Auch das Ergebnis der Ökumenischen Konferenz „Gemeinsam Gewalt überwinden“ vom 6. bis 8. Juni in Heppenheim ist ein Novum: Die „Heppenheimer Erklärung“ umfasst sowohl Selbstverpflichtungen der kirchlichen Organisationen, wie auch kirchen- und gesellschaftspolitische Forderungen. Der zwd stellt die wichtigsten Forderungen vor:

Themenbereich Gewalt und Körper:

Kirchenpolitisch:

- Sicherstellung der Ressourcen sowie Erhaltung und Weiterentwicklung der Frauen- und Männerarbeit als eigenständige Arbeitsbereiche in Kirche und Theologie.
- Förderung der Gleichwertigkeit von Frauen und Männern in der kirchlichen Verkündigung: Körper, Geschlecht und Fruchtbarkeit dürfen keine Kriterien sein für den Zugang zu kirchlichen Diensten und Leitungsaufgaben.

Gesellschaftspolitisch:

- Einübung des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten in allen Bereichen von Erziehung und Bildung für Jungen und Mädchen.
- Berücksichtigung einer Anleitung zum positiven Umgang mit Aggressivität und Sexualität in Lehrplänen und außerschulischen Bildungsprojekten.
- Entwicklung von Kampagnen gegen sexistische Kommerzialisierung weiblicher und männlicher Körper.

Themenbereich Frauenhandel und Zwangsprostitution:

Selbstverpflichtung:

- Aufruf zur Förderung einer geschlechter-differenzierenden Sexualerziehung in der Jungen- und Mädchenarbeit.

Kirchenpolitisch:

- Nutzung der ökumenischen Strukturen zur Skandalisierung von Frauenhandel und zur Stärkung von Frauenrechten.

Gesellschaftspolitisch:

- Verstärkte Investitionen des Staates in die Aufklärung von Menschenhandel.
- Ausschöpfung aller rechtlicher Möglichkeiten der Strafverfolgung von Zwangsprostitution - auch von Freiern.
- Schaffung legaler und transparenter Zuwanderungsmöglichkeiten.

Themenbereich Krieg und Strukturen:

Selbstverpflichtung:

- Überprüfung der eigenen Friedenspraxis und Bearbeitung des Themas „Gewalt und Krieg“ aus der Genderperspektive.

Kirchenpolitisch:

- Engagement der Kirchen in der Entwicklung von Programmen zur gewaltfreien Konfliktlösung.

Gesellschaftspolitisch:

- Auseinandersetzung mit den Themata Sexualität und sexualisierte Gewalt in militärischen Institutionen.
- Vorgehen gegen Frauenhass und Homophobie.
- Konsequente Anwendung der Gesetze, die sexualisierte Gewalt als Anerkennungsground für Asyl festschreiben.
- Gewährleistung einer therapeutischen Betreuung von Flüchtlingen.

Zehn Jahre nach dem Genozid in Srebrenica

„Die erlebte Folter muss einen Platz bekommen“

zwd Berlin (sop) - Zehntausende Frauen wurden im Bosnien-Krieg Opfer systematischer Vergewaltigungen. Für ein neues Leben brauchen sie vor allem geschützte Räume, finanzielle Sicherheit, einen sicheren Aufenthaltsstatus und einen Platz für ihr Leid, das sie erfahren haben. Vor fast zehn Jahren, am 11. Juli 1995, nahmen bosnische Serben die Enklave Srebrenica ein. Anlässlich des bevorstehenden Jahrestages diskutierten rund 50 TeilnehmerInnen am 18. Juni in der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung darüber, wie Frauen aus Srebrenica und aus Bosnien nun ihrem Weg zurück ins Leben suchen - und ihnen die Gesellschaft dabei helfen kann.

Mehr als 20.000 Frauen wurden im Bosnienkrieg vergewaltigt, so die offiziellen Zahlen. Diese „werden der wahren Zahl nicht annähernd gerecht“, meint Monika Hauser, Geschäftsführerin von medica mondiale. „Wie sollen wir auch zählen: pro Vergewaltigung, pro Frau? Was ist mit den toten Frauen?“, fragt sie. Die Kölner Gynäkologin hat zahlreiche Begegnungen mit Opfern gehabt: Im Jahr 1992 entschied sie sich, den grausamen Verbrechen an

Frauen in Bosnien nicht länger zuzusehen. Kurzerhand fuhr sie ins zentralbosnische Zenica, um dort kriegsvergewaltigten und gefolterten Frauen und Mädchen zu helfen. Gemeinsam mit bosnischen Ärztinnen und Psychologinnen stellte sie inmitten der Kriegswirren das multiethnische Therapiezentrum „Medica Zenica“ auf die Beine. Hier erhalten seither kriegstraumatisierte Frauen psychosoziale Unterstützung und medizinische Behandlung. Wichtig sei, so Hauser, mit den Frauen gemeinsam ihre Kraftquellen zu finden und nicht die Symptome zu behandeln. Statt über diese Frauen zu sprechen, müsse mit ihnen gesprochen werden. „Sie müssen als handlungsfähiges Objekt erkannt werden“ - das ist der Ärztin wichtig. Ein Stück Heilung könnte den Opfern durch existentielle Sicherheit zu

Teil werden, durch Gerechtigkeit und geschützte Räume, glaubt sie. Ein solcher Raum ist der Berliner Verein traumatisierter Frauen aus Bosnien und Herzegowina. Die Vorsitzende Saima Mirvic-Rogge trifft hier immer wieder weibliche Vergewaltigungsopfer. Sie will den Frauen helfen, vor allem eines zu akzeptieren: „Die Vergewaltigung ist ein Akt erniedrigender Gewalt, aber keine Schande, die verheimlicht werden muss.“

„Vergewaltigung ist ein Akt erniedrigender Gewalt, aber keine Schande, die verheimlicht werden muss.“

Hasuer mahnte: „Die erlebte Folter muss einen Platz bekommen, sonst wirkt sie ein Leben lang zerstörend.“ Das Bundesverdienstkreuz sollte die Ärztin im Jahr 1997 für ihren Einsatz in Bosnien erhalten, sie hat es abgelehnt - aus Protest gegen die deutsche Abschiebungspraxis bei bosnischen Flüchtlingen. Dass die hier geduldeten Bosnierinnen nach wie vor in Angst leben, davon erzählt eine bosnische Frau, die in Berlin lebt. Sie wurde 67 Tage lang in serbischen Lagern gefangen gehalten, vergewaltigt, mit dem Tode bedroht. Vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal hat sie sogar ausgesagt, musste all die Peinigungen noch einmal im Geiste erleben. Doch auch in Deutschland kommt sie nicht zur Ruhe. „Ich werde hier als vergewaltigte Frau geführt.

...weiter auf Seite 16

Afghanistan/Frauenrechte

„Der Staat hat versagt“

zwd Berlin (kri) - Tradition, Ehrbegriffe und die Gewaltbereitschaft der Familienmitglieder sind für afghanische Frauen eine alltägliche, oft tödliche Bedrohung. Auch nach dem Ende des Taliban-Regimes durchdringt die Gewalt gegen Frauen und Mädchen die ganze afghanische Gesellschaft, sagte Verena Harpe, Afghanistan-Expertin von amnesty international (ai), anlässlich der Vorstellung des neuen Afghanistan-Berichts am 30. Mai in Berlin. „Und sie wird nur selten gerichtlich verfolgt oder gar geahndet“, so Harpe. Der afghanische Staat versage vor der Aufgabe, die verfassungsmäßig und völkerrechtlich garantierten Rechte der Frauen durchzusetzen und die Frauen zu schützen, betonte sie. Das existierende Justizwesen habe sich als unfähig und unwillig erwiesen, Gewalttäter zur Rechenschaft zu ziehen. „Die begonnene Justizreform muss dringend beschleunigt und ausgeweitet werden. Die internationale Gebergemeinschaft muss Afghanistan dabei unterstützen“, sagte Harpe. Hauptverantwortlich für die Gewalt gegen Mädchen und Frauen seien die Ehemänner, Brüder und Väter. Die patriarchalen Strukturen, die dies ungestraft ermöglichten, würden von traditionellen Rechtssystemen wie jirgas oder shuras gestützt, berichtete Harpe. Aber auch beim Staat fänden Frauen nur selten Hilfe. „Im Gegenteil: Die Justiz behandelt Frauen, die vor der Gewalt fliehen, oft wie Kriminelle“, konstatiert Harpe. Gewalt gegen Frauen sei bis in höchste Regierungs- und Justizkreise hinein geduldet. Die Regierung stehe in der Pflicht, laut und unmissverständlich zu sagen, dass Gewalt gegen Frauen, auch innerhalb der Familie, ein Verbrechen ist, forderte sie. „Es bedarf konkreter Schutzmaßnahmen, etwa der Einrichtung spezieller Polizei- und Ermittlungseinheiten im ganzen Land und der verstärkten Rekrutierung und Ausbildung von Polizistinnen.“ Besonders die deutsche Regierung sei hier gefordert, sich verstärkt zu engagieren.

Download des Berichts unter www.amnesty.org/library/index/eng-sa110072005

Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Es ist ein männliches Problem“

zwd Berlin (dia) - Wenn kein Mann mehr eine Frau schlägt, wird es keine geschlagene Frau mehr geben: Worte des schwedischen Gleichstellungsministers Jens Orback auf dem deutsch-schwedischen Dialogforum der Friedrich-Ebert-Stiftung am 10. Juni in Berlin. Ein

Minister für Gleichstellung? In Schweden nichts Außergewöhnliches, und so war auch noch der schwedische Ombudsmann für Chancengleichheit, Claes Borgström, angereist, um über Gewalt gegen Frauen im schwedischen Königreich zu referieren.

„Es ist ein männliches Problem“, fährt Orback fort - solche klaren Sätze hört man hierzulande kaum aus dem Mund eines Staatsministers. Außerdem, das gilt für Schweden und Deutschland, ist die Gewalt gegen Frauen ein Problem, dass vor allem im persönlichen Nahbereich zum Tragen kommt. Nach einer ersten repräsentativen Untersuchung zur Gewalt gegen Frauen in Deutschland (wir berichteten in *Frauen und Politik* Nr. 211) wird sie überwiegend durch den Partner verübt. Rund 70 Prozent der körperlichen und sexuellen Übergriffe finden in den eigenen vier Wänden statt. Auch die meisten Schwedinnen kennen den Gewalttäter. Laut Ombudsmann Claes Borgström war bei 81 Prozent der 23.000 gemeldeten Fälle im vergangenen Jahr der Täter den Frauen vorher bekannt.

Angst vor der Polizei

In beiden Ländern mangelt es noch immer an ausreichender Information über Beratungs- und Hilfsangebote sowie über die rechtlichen Möglichkeiten gewaltbetroffener Frauen. Insgesamt ist die Zahl der Anzeigen in den letzten Jahren zwar gestiegen, aber nach wie vor scheuen viele Frauen diesen Schritt. So berichtete die Berliner Rechtsanwältin Seyran Ateş, insbesondere Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund hätten Angst, zur Polizei zu gehen. Auch wenn sich die Sensibilität vieler BeamtInnen mittlerweile erhöht hätte, würden Migrantinnen gefragt, warum sie nicht richtig deutsch sprächen. Damit, so die Anwältin, würde eine Mauer aufgebaut, und die Frauen würden sich verschließen. Auch für Schweden gilt: Gewalt gegen Migrantinnen war ein lange vernachlässigtes Thema. Und nach wie vor werde zu wenig dagegen unternommen, beklagte Borgström.

Was den rechtlichen Beistand angeht wünscht sich der schwedische Gleichstellungs-Ombudsmann, den in seinem Land bereits geltenden Anspruch auf rechtliche Beratung gewaltbetroffener Frauen aufzuwerten. Ein Anspruch auf Rechtsbeistand würde derzeit erst nach den Polizei-Ermittlungen bestehen. Dabei sei eine Beratung vor der Anzeige vonnöten, damit die Frauen über die Konsequenzen informiert seien, erläuterte Borgström.

Gewalt als Ausdruck mangelnder Gleichstellung

Schweden ist bekannt für seine progressive Gleichstellungspolitik und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Europa ein. Vor über 25 Jahren bereits trat das erste Gesetz über die Chancengleichheit in Kraft. Seit 1982 wird das Schlagen von Frauen von Amtswegen verfolgt, ein Gewaltschutzgesetz besteht seit 1998. Vor drei Jahren wurde der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung zum Straftatbestand erklärt und kann mit bis zu zehn Jahren Gefängnisstrafe geahndet werden. Gewalt gegen Frauen wird im schwedischen Königreich als Ausdruck mangelnder Gleichstellung und ungleicher Machtverteilung zwischen den Geschlechtern betrachtet. Sie gilt als undemokratisch. Auf die Frage, ob dies auch auf Deutschland zutrefte, wollte Staatssekretär Peter Ruhenstroth-Bauer, als Vertreter des Bundesfrauenministeriums auf dem Podium, nicht näher eingehen. Gewalt gegen Frauen sei eine Menschenrechtsverletzung, die es zu bekämpfen gelte, so der Staatssekretär.

Im Gegensatz zu Schweden bestand die Gewaltbekämpfung in Deutschland bis 1999 lediglich aus Einzelmaßnahmen und Einzelprojekten. Mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt

gegen Frauen legte die Bundesregierung im Dezember 1999 ein erstes umfassendes Gesamtkonzept vor. 2002 folgte das Gewaltschutzgesetz, durch das Gewalttäter aus der eigenen Wohnung verwiesen werden können. Für Ruhenstroth-Bauer ein Meilenstein im Kampf gegen die Gewalt. Die Umsetzung des Gesetzes werde derzeit evaluiert. Und der Aktionsplan müsse fortgeführt werden - auch wenn im September ein Regierungswechsel anstehen sollte. Die Ministerin habe grünes Licht für die Einrichtung einer bundesweiten Notrufnummer gegeben, um dem Bedürfnis nach einem anonymen Beratungsangebot Rechnung zu tragen. Ob es dazu jemals kommen wird, dürfte nicht nur angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Frage stehen: Für das Vorhaben werden derzeit noch finanzkräftige Sponsoren gesucht.

„Die Machtstrukturen sind geblieben“

Im Gegensatz dazu wird in Schweden bereits an neuen gesetzlichen Bestimmungen gearbeitet, die dazu beitragen sollen, Gewalt gegen Frauen zu verringern. Im Moment steht das schwedische Werbegesetz zur Diskussion. „Die Sexualisierung im öffentlichen Raum, die Frauen zu Objekten im Internet, im Fernsehen oder auf Werbeplakaten macht, verengt die Wahrnehmung“, erläuterte Orback. In Schweden habe sich zwar bereits einiges zum Besseren gewandt, aber die geschlechtsspezifischen Machtstrukturen seien noch immer dieselben. In diesem System, betonte der Gleichstellungsminister am Ende seiner Rede, gebe es keine Neutralität. „Entweder sie gehören zu diesem System oder sie müssen die Gewalt bekämpfen.“ ■

Pille und Hormonersatzpräparate erhöhen Brustkrebsrisiko

zwd Berlin (sop) – Die Einnahme der Anti-Baby-Pille soll nach einer Studie der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC) das Risiko erhöhen, an Brustkrebs, Gebärmutterhalskrebs und Leberkrebs zu erkranken. Gleichzeitig sinke mit der Einnahme des hormonellen Verhütungsmittels die Gefahr, an Eierstock- und Gebärmutter schleimhautkrebs zu erkranken, teilte das IARC am 29. Juli in Lyon mit.

Eine Gruppe von 21 WissenschaftlerInnen aus acht Ländern hatte mehr als 60 Studien zu Hormonpillen und Krebs ausgewertet. Das IARC ist Mitglied der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Auch die Hormonersatztherapie in den Wechseljahren mit der Östrogen-Progesteron-Kombination stuften die ExpertInnen als Brustkrebs erregend ein. Bei Nutzerinnen von Kombinationspräparaten erhöhe sich das Risiko mit der Dauer der Einnahme und übersteige das jener Frauen, die ein nur östrogenhaltiges Präparat nahmen.

Das Risiko, an Gebärmutter schleimhautkrebs zu erkranken, hänge davon ab, an wie vielen Tagen das Progesteron im Kombinationspräparat enthalten sei: Bei weniger als zehn Tagen im Monat sei das Risiko für diese Krebsart erhöht. Wird das Progesteron täglich eingenommen, bleibt dem Forscherteam zufolge das Risiko gleich hoch wie bei Frauen, die nie eine Hormontherapie erhalten haben.

Als Konsequenz aus ihren Ergebnissen rät die IARC Frauen zum Gespräch mit ihrem Arzt oder ihrer Ärztin. Gemeinsam sollten dabei sowohl der Nutzen als auch die Risiken abgewogen werden - und zwar stets unter Einbeziehung der persönlichen Umstände und Krankengeschichte sowie bereits bekannter Krebserkrankungen

in der Familie.

Junge Frauen, deren Brustkrebsrisiko wegen des Alters eher niedrig sei, müssten nicht auf die hormonelle Verhütung verzichten, sagte die IARC-Ärztin Silvia Franceschi. „Bei Frauen ab 35 oder 40, wenn das Krebsrisiko steigt, könnte eine Umstellung auf alternative Verhütungsmittel jedoch sinnvoll sein“.

Weltweit nehmen der IARC zufolge mehr als 100 Millionen Frauen die Anti-Baby-Pille, das sind etwa zehn Prozent aller Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter. Zusätzlich nutzen ungefähr 20 Millionen Frauen in den Industrieländern Hormonersatzpräparate. ■

Brustkrebstelefon berät Frauen

zwd Heidelberg (sop) - Seit dem 1. Juli können sich Frauen über eine Telefon-Hotline des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) individuelle Fragen zum Mammographie-Screening und zur Brustkrebs-Prävention beantworten lassen. Das Heidelberger Krebsforschungszentrum will mit seiner Hotline Frauen darin unterstützen, ihr persönliches Brustkrebsrisiko besser einschätzen zu können.

Wer verständliche Informationen zum Mammographie-Screening oder zur Brustkrebs-Prävention erfahren will, bekommt montags bis freitags von 8 bis 20 Uhr individuelle Auskünfte. Wie der Krebsinformationsdienst dem zwd auf Nachfrage sagte, hätten die Hotline seit der Freischaltung rund 200 Anruferinnen in Anspruch genommen. Die meisten von ihnen informierten sich über die Einführung des Mammographie Screening, und zwar insbesondere Frauen aus den Regionen, in denen die Einführung des Programms kurz bevorsteht. ■

Telefon-Hotline: 06221 - 42 41 42

Zwangsheirat wird unter Strafe gestellt

zwd Berlin (dia) - Der Bundesrat will Zwangsheirat in Deutschland unter Strafe stellen. Die Länderkammer verabschiedete am 8. Juli einen entsprechenden Gesetzentwurf, der auch einen besseren Schutz der Opfer vorsieht. Demnach sollen Zwangsehen, bei der Frauen mit körperlicher oder psychischer Gewalt zur Ehe gezwungen werden, mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft werden. In minderschweren Fällen ist eine Strafmilderung von drei Monaten bis zu fünf Jahren vorgesehen. Dafür soll ein neuer Paragraph 234 b ins Strafgesetzbuch eingefügt werden. Auch das Bürgerliche Gesetzbuch soll entsprechend geändert werden.

Der Opferschutz wird durch mehrere Änderungen im Zivilrecht ergänzt. Die Antragsfrist für die Aufhebung einer durch widerrechtliche Drohung zu Stande gekommenen Ehe soll von einem auf drei Jahre erhöht werden. Außerdem wird es dem Entwurf nach für

den Unterhaltsanspruch des genötigten Ehegatten bei Aufhebung der Ehe nicht mehr darauf ankommen, dass die Drohung vom Ehemann ausging. Der Gesetzentwurf wird nunmehr der Bundesregierung zugeleitet, die ihn innerhalb von sechs Wochen an den Deutschen Bundestag weiterleiten muss.

Aufenthaltsrechtliche Verbesserungen gefordert

Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes hatte im Vorfeld der Verhandlungen ihre Forderung bekräftigt, die Opfer von Zwangsehen auch aufenthaltsrechtlich besser zu stellen. „Bestrafung der Täter ist gut, für die Opfer aber sinnlos, wenn sie nicht gleichzeitig Schutz und Wiedergutmachung erhalten“, so Terre des Femmes-Geschäftsführerin Christa Stolle. Bislang darf eine im Ausland zwangsverheiratete Frau, die sich länger als sechs Monate dort aufhält, nicht mehr nach Deutschland einreisen. ■

Türkei

EU-Mitgliedschaft nur mit Garantie von Frauenrechten

zwd Brüssel (dia) – *Die Achtung der Frauenrechte ist unabdingbare Voraussetzung für eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Dies hat das Europaparlament (EP) mit der Verabschiedung des „Berichts über die Rolle der Frauen in der Türkei“ am 6. Juli in Brüssel klargestellt.*

Die niederländische Sozialistin Emine Bozkurt (PES) bezeichnete den von ihr eingebrachten Bericht als kritisch aber optimistisch. „Wir begrüßen die eingeleiteten Reformen zu Frauenrechten, fordern aber ihre schnelle Umsetzung in die Praxis.“ Dies beinhaltet vor allem die strikte juristische Bestrafung aller Gewalt „im Namen der Ehre“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion, Lissy Gröner (SPE).

Der mit einer deutlichen Mehrheit von 573 zu 19 Stimmen angenommene Bericht betont die Bedeutung von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit als Grundprinzipien der Europäischen Gemeinschaft. Diese seien von der Türkei zu akzeptieren sei, wenn sie beitreten wolle, heißt es im Bericht. Hierbei wird der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zugesprochen. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments halten einen Demokratisierungsprozess in der Türkei nur dann für realistisch, wenn neben den politischen RepräsentantInnen auch Nichtregierungsorganisationen, religiöse Gemeinschaften und Medien miteinbezogen werden.

Politische Partizipation von Frauen mangelhaft

Bedenken äußerten die EP-Mitglieder auch in Hinblick auf die schlechte politische Beteiligung türkischer Frauen. Laut Bericht sind nur 4,4 Prozent der Parlamentsangehörigen weiblich.

chen Geschlechts. In den Gemeinden fällt ihr Anteil noch geringer aus: Frauen stellen den Angaben zufolge gerade mal 1 Prozent der türkischen LokalpolitikerInnen. Deshalb fordern die EU-Abgeordneten die politischen Parteien in der Türkei auf, strukturelle Veränderungen vorzunehmen und Strategien zu entwickeln, damit sich künftig mehr Frauen in den gewählten Gremien finden.

Mehr Engagement im Kampf gegen Gewalt gefordert

Weitergehende Anstrengungen verlangt das EU-Parlament von der türkischen Regierung beim Kampf gegen Gewalt an Frauen. So soll betroffenen Frauen niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsbetreuung zugänglich gemacht und Telefon-Notrufnummern eingerichtet werden. Zur Unterstützung der jeweils zuständigen Behörden werden außerdem unabhängige, umfassende Prävalenzstudien insbesondere zur häuslichen Gewalt und zu Ehrenmorden angeregt.

Auf deutliche Kritik stößt die geringe Zahl der Zufluchtsorte: Landesweit existieren in der Türkei derzeit lediglich 14 Frauenhäuser - bei einer Gesamtbevölkerung von fast 70 Millionen EinwohnerInnen. Gleichzeitig ist das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen enorm. Laut Report gaben von den knapp 1.300 Frauen, die in den 1990er Jahren befragt wurden, 88 Prozent an, in einer gewalttätigen Umgebung zu leben. Nichtregierungsorganisationen zufolge hatten im Jahr 1995 fast alle Frauen, die in den Vororten Ankaras wohnen, mindestens einmal häusliche Gewalt erfahren. Hier soll die Regierung mit Hilfe einer Gesetzesreform gegensteuern: Kommunen mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen sollen dazu verpflichtet werden, Frauenhäuser einzurichten, heißt es in dem EU-Bericht zur Rolle der Frauen in der Türkei. ■

Europäisches Parlament

Frauenrechtsausschuss mahnt Defizite in der Gesundheitsversorgung an

zwd Brüssel (sop) - Der Ausschuss für die Rechte der Frau des europäischen Parlaments hält einen Richtungswechsel hin zu einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung für geboten. Das Gremium hat am 14. Juli in Brüssel einen Bericht zu „Geschlechterdiskriminierung und Gesundheitssysteme“ beschlossen. Darin drängt das Gremium auf Verbesserungen in zentralen Feldern der Gesundheitsversorgung, etwa im Kampf gegen Brustkrebs und gegen Genitalverstümmelung. Der Bericht wurde auf Initiative der schwedischen Abgeordneten Eva-Britt Svensson eingebracht.

Geschlecht als wesentlicher Gesundheitsindikator

Dem Report liegt die Annahme zugrunde, dass Geschlecht ebenso wie

Alter und sozioökonomische Unterschiede die individuelle Gesundheit wesentlich bestimmen. Daher halten die Ausschussmitglieder es für unerlässlich, die Beschäftigten im Gesundheitssektor für die Bedeutung des Geschlechts als wesentlichen Gesundheitsindikator zu sensibilisieren. Das Wissen über Geschlechterungleichheiten soll deshalb in der medizinischen Ausbildung fester Bestandteil werden. Wichtig zu vermitteln seien dabei insbesondere Kenntnisse über Unterstützungsformen für weibliche Gewaltopfer.

Der Ausschuss fordert zudem, dass die Europäische Union in ihrer Politik und ihren Programmen dem Kampf gegen Genitalverstümmelung Priorität einräume.

Öffentliche Gesundheitsdienste sollen nach dem Willen der Ausschuss-

mitglieder eine gute Gesundheitsversorgung und soziale Sicherungsdienste für Männer und Frauen in gleichem Maße anbieten. Dass hier nach wie vor gravierende Mängel bestehen, habe exemplarisch die Untersuchung eines Stockholmer Krankenhauses gezeigt: Würde dort Frauen die gleiche Versorgung wie Männern zuteil, müssten die Ressourcen für die Patientinnen um 61 Prozent erhöht werden. Wäre dagegen die Behandlung von Frauen die Norm, würde der Behandlungsaufwand für Männer um 33 Prozent sinken.

Nationale und europäische Gesundheitsstrategien gendern

Dringend mahnt der Ausschuss Maßnahmen zur Brustkrebsbekämpfung an. Umfassende Screening-Programme nach EU-Richtlinien existierten bislang in nur neun Mitgliedstaaten (Belgien, Finnland, Frankreich, Spanien, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Ungarn und Großbritannien). Das Gremium hat daher die übrigen EU-Staaten aufgerufen, ebenso ein Mammographie-Screening im Zwei-Jahres-Rhythmus für alle Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren einzuführen. Mit der Röntgen-Reihenuntersuchung der Brust als Früherkennungsinstrument könnte die Brustkrebssterblichkeit in dieser Altersgruppe um bis zu 35 Prozent gesenkt werden, schätzen die Abgeordneten.

Schließlich rufen die Ausschussmitglieder vermehrt zu Forschungsprojekten auf, die die Beziehung zwischen Geschlecht und Gesundheit in den Blick nehmen. Statistiken und Daten in allen Gesundheits- und medizinischen Bereichen sollen außerdem geschlechterdifferenziert aufbereitet werden. Bekräftigt wurde auch die Bedeutung der Gender-Perspektive in nationalen und europäischen Gesundheitsstrategien.

Im September wird das Parlament über den Bericht abstimmen. ■

Empowerment von Frauen als Eckpfeiler der AIDS-Bekämpfung

zwd Berlin (dir) - Das Problem von Migrantinnen soll in Deutschland stärker in die HIV-Präventionsarbeit einbezogen werden. Nach einem Strategiepapier der Bundesregierung zur HIV/AIDS-Bekämpfung, das am 13. Juli in Berlin vorgestellt worden ist, wird jede fünfte Neuerkrankung bei Migrantinnen festgestellt - zwei Drittel davon sind Frauen.

Aus dem Strategiepapier geht hervor, dass die erkrankten Migrantinnen aus Ländern mit einer hohen Zahl von HIV-Infektionen kommen und sich höchstwahrscheinlich dort infiziert haben. Meist ist ihr Wissen über die Erkrankung gering. Einen zentralen Eckpunkt der nationalen Bekämpfungsstrategie gegen HIV und AIDS sieht die Bundesregierung daher in der Aufklärungsarbeit. Beratungsangebote sollen an die kulturellen Besonderheiten und Sprachhemmnisse der Migrantinnen

angepasst werden. Außerdem spielen die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern auf nationaler Ebene der Bekämpfung eine wichtige Rolle.

Auch in der globalen Strategie wird die Gender Relevanz als bindend angesehen, um die einzelnen Schritte zur Bewältigung von HIV und AIDS bewerten zu können.

Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) betonte, dass die Eckpfeiler der Strategie auch im europäischen und globalen Kontext die deutsche Position bestimmten, worunter „die Stärkung der Rolle der Frau für ein selbstbestimmtes Sexualverhalten“ falle.

Übergeordnetes Ziel der Bewältigungsstrategie ist aus Sicht der Bundesregierung die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Stärkung der Frauenrechte national wie global. ■

Info-Brief From
1. Sept. vor 3/05



MÄNNERDOMÄNE MANAGEMENT

Land	Frauen	Männer
Litauen	41%	59%
Lettland	38%	62%
Frankreich	35%	65%
Slowakei	34%	66%
Slowenien	34%	66%
Ungarn	34%	66%
Estland	33%	67%
Polen	33%	67%
Großbritannien	32%	68%
Portugal	32%	68%
Schweden	30%	70%
Spanien	30%	70%
Durchschnitt	30%	70%
Belgien	29%	71%
Finnland	29%	71%
Irland	29%	71%
Deutschland	28%	72%
Österreich	28%	72%
Tschechien	28%	72%
Dänemark	27%	73%
Griechenland	27%	73%
Luxemburg	27%	73%
Malta	20%	80%
Italien	20%	80%
Zypern	19%	81%

Direktion, Hauptgeschäftsführung,
Produktions- und BetriebsführerInnen;
FachmanagerInnen, ManagerInnen
in Kleinunternehmen

Quelle: Europäische Kommission 2004

FRAUENDOMÄNE TEILZEIT

	WEST	OST
Mütter mit Kindern bis 18 Jahren	41%	23%
Darunter:		
familiäre und persönliche Motive	83%	36%
Vollzeitstelle nicht zu finden	6%	53%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004

**Das Erziehungsgeld ist unzeitge-
mäß. Niedrige Einkommensgrenzen
machen es zu einer an Bedürftig-
keit orientierten (viel zu geringen)
Leistung für wenige Berechtigte.
Die politischen Lager stimmen in
dem Ziel überein, die Elternzeit zu
modernisieren. Doch die Modelle
könnten unterschiedlicher nicht
sein. Auch der DGB setzt innerhalb
des Modells Elterngeld eigene
Akzente.**

Bundesregierung: Elterngeld

Die Richtung ist für Bundesfamilienmi-
nisterin Renate Schmidt klar: „Mit dem
Elterngeld möchte ich das Erziehungsgeld
zu einer auf das erste Lebensjahr des
Kindes konzentrierten Lohnersatzleistung
weiterentwickeln“, schreibt sie in dieser
Ausgabe von „Frau geht vor (S. 9). Zur-
zeit übernehmen Väter nur fünf Prozent
der Elternzeit. Mütter leisten den Löwen-
anteil unbezahlter Erziehungsarbeit und
nehmen im Schnitt fünf Jahre berufliche
Auszeit pro Kind in Kauf. Das bedroht ihre
wirtschaftliche Unabhängigkeit. Bereits ein
Jahr Pause erschwert die Berufsrückkehr
(siehe S. 13). Die am besten ausgebildete
Frauengeneration, die Deutschland je
hatte, ist auch aus Sicht der Arbeitgeber
am heimischen Herd auf Dauer fehl am
Platz.

Die Bezugsdauer des Elterngeldes soll
kürzer sein, ein Jahr nämlich, dafür der
Betrag als sozialversicherungspflichtige
Lohnersatzleistung attraktiver. Die Höhe
soll nach Schmidts Plänen zwischen 60
und 64 Prozent des vorherigen Nettoein-
kommens liegen. Partnereinkommen wird
nicht angerechnet. Wer vor der Geburt

eines Kindes nicht erwerbstätig war, er-
hält einen Sockelbetrag in Höhe des alten
Erziehungsgelds. Der Anreiz für Väter,
Elternzeit in Anspruch zu nehmen, steigt
nicht nur mit der am Entgelt orientierten
Leistung. Zusätzlich denkt das Bundesfa-
milienministerium daran, einen Teil der
Elternzeit verbindlich einem Partner zuzu-
ordnen („Vatermonat“).

Die Finanzierung aus Steuermitteln gilt
als wahrscheinlich. Der Finanzbedarf liegt
nach bisherigen Berechnungen um 1,5
Milliarden über den Kosten des bisheri-
gen Erziehungsgeldes in Höhe von drei
Milliarden.

! Zurzeit fehlen Betreuungsplätze für
Kleinkinder. Arbeitgeber müssen die Be-
dingungen zur Berufsrückkehr verbessern,
mehr betriebliche Familienorientierung
ist gefragt.

+ Der erziehende Elternteil wird finan-
ziell unabhängiger. Das Elterngeld erleich-
tert den Start mit dem Nachwuchs.



KURZ UND WICHTIG

MÄNNERDOMÄNE MANAGEMENT

Land	Frauen	Männer
Litauen	41%	59%
Lettland	38%	62%
Frankreich	35%	65%
Slowakei	34%	66%
Slowenien	34%	66%
Ungarn	34%	66%
Estland	33%	67%
Polen	33%	67%
Großbritannien	32%	68%
Portugal	32%	68%
Schweden	30%	70%
Spanien	30%	70%
Durchschnitt	30%	70%
Belgien	29%	71%
Finnland	29%	71%
Irland	29%	71%
Deutschland	28%	72%
Österreich	28%	72%
Tschechien	28%	72%
Dänemark	27%	73%
Griechenland	27%	73%
Luxemburg	27%	73%
Malta	20%	80%
Italien	20%	80%
Zypern	19%	81%

Direktion, Hauptgeschäftsführung,
Produktions- und BetriebsführInnen;
FachmanagerInnen, ManagerInnen
in Kleinunternehmen

Quelle: Europäische Kommission 2004

schätzt. Deswegen werden sie knapp eine Viertelstunde später ins Krankenhaus eingeliefert als Männer und verlieren damit überlebenswichtige Minuten. Auch erhalten sie seltener die richtige Therapie. Frauen sind im Schnitt sechs Jahre älter als Männer wenn sie einen Infarkt erleiden. Sie sind häufiger zuckerkrank und haben häufiger Bluthochdruck. Hingegen wird bei Frauen seltener eine Herz-Kreislauferkrankung bereits vor dem Infarkt festgestellt.

STUDIUM NACH WIE VOR GESCHLECHTSSPEZIFISCH

„Eine Trendwende hinsichtlich der Fächerwahl junger Frauen ist derzeit nicht zu erwarten“, so resümiert das Statistische Bundesamt die jüngsten Zahlen über die Studienentscheidungen junger Frauen. Nach über 50 Prozent Studienanfängerinnen im Jahr 2002, ging ihr Anteil 2004 wieder auf 49 Prozent zurück. Schlecht sieht es in den Naturwissenschaften aus. Dort lag der Frauenanteil im vergangenen Jahr bei 37 Prozent, in den Ingenieurwissenschaften bei 21 Prozent.

FRAUENDOMÄNE TEILZEIT

	WEST	OST
Mütter mit Kindern bis 18 Jahren	41%	23%
Darunter:		
familiäre und persönliche Motive	83%	36%
Vollzeitstelle nicht zu finden	6%	53%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004

FRAUEN (UND EIN MANN)

DERZEIT STEHT KEINE FRAU MEHR AN DER SPITZE EINER DGB-GEWERKSCHAFT. DIE EINZIGE GEWERKSCHAFTS-CHEFIN, EVA-MARIA STANGE (GEW) KANDIDIERT NACH ACHT JAHREN BEIM GEWERKSCHAFTSTAG IM APRIL NICHT MEHR FÜR DIESEN POSTEN. IHR NACHFOLGER IST DER BISHERIGE BERLINER GEW-VORSITZENDE ULRICH THÖNE.

EINEN WECHSEL GAB ES AUF DEM FRAUENPOLITISCHEN POSTEN IM GEW-VORSTAND. ANNE JENTER, BISHER LEITERIN DER ABTEILUNG GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUENPOLITIK BEIM DGB-BUNDES-VORSTAND, SETZTE SICH IN EINER KAMPFABSTIMMUNG KLAR GEGEN IHRE AMTSVORGÄNGERIN LARISSA KLINZING DURCH.

AUCH BEI DER IG BCE TRÄGT DIE FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK EIN NEUES GESICHT. EDELTRAUD GLÄNZER, BISHER STELLVERTRETENDE LANDESVORSITZENDE IHRER GEWERKSCHAFT IN RHEINLAND-PFALZ, FOLGT AUF VERONIKA KELLER-LAUSCHER, DIE NOCH VOR DEM REGULÄREN GEWERKSCHAFTSTAG „DEN JÜNGEREN PLATZ MACHEN“ WOLLTE.

EINE KLEINE SENSATION IST DIE BERUFUNG VON HEIKE MARIA KUNSTMANN ALS HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERIN DES ARBEITGEBERVERBANDES GESAMTMITTAL. DIE 39-JÄHRIGE WAR FÜRS PERSONAL BEIM MÜNCHENER AUTOZULIEFERER KNORR-BREMSEN VERANTWORTLICH.

Parlamentarischer Dienst fpd 1.6.05, Folge 400

Expertinnen für Gender Mainstreaming und Haushaltswesen sind gefragt

(fpd) Auf das Fehlen von Expertinnen und Beraterinnen, „die mit fachlicher Gender-Kompetenz und fundierten Kenntnissen über die Funktionsweise des öffentlichen Haushaltswesens und den parlamentarischen Beratungsprozess sowohl die interessierte Öffentlichkeit als auch öffentliche Institutionen bei der Etablierung eines Gender Budget begleiten können“, hat Margrit Zauner, Mitglied der BVV Tempelhof-Schöneberg zu Berlin, aufmerksam gemacht. Eine „genderpolitische Veränderung“ müsse in Kooperation zwischen Fachleuten aus diesen Bereichen und frauen- bzw. genderpolitischen Expertinnen und Experten erfolgen. Hier sei noch Vernetzungsarbeit zu leisten. Die Bemühungen um gender budgets sind im Land Berlin besonders intensiv und sollen jetzt auch auf Bundesebene aufgenommen werden (vgl. S.1)

Info: „Gender Budgeting“ (...Gender Budget als Teil des Gender Mainstreaming-Prozess), von Margrit Zauner, Darstellung der bisherigen Umsetzung in Deutschland. Kontakt zur Autorin über margrit.zauner@berlin.de

„Zentrales Problem von gender budgeting ist die unzureichende Datenlage“

(fpd) Gender Budgeting erweise sich „nach ersten Erfahrungen, wenn auch noch mit Schwierigkeiten und Einschränkungen, als in vielen Bereichen machbar“, heißt es in einem Erfahrungsbericht von Margrit Zauner und Dilek Kolat aus Berlin. Ein „zentrales Problem“ liege allerdings in der unzureichenden Datenlage, weil nicht überall schon „geschlechtsdifferenzierte Statistiken“ geführt würden. Der Prozess des gender budgeting biete aber einen „Anstoß, dies zukünftig zu tun“. Vorhandene Defizite in der Datenlage würden aufgedeckt, und mit konkreter Nachfrage könne zu einer forcierten Verbesserung beigetragen werden. Es bedürfe aber einer intensiven Diskussion mit den jeweiligen Fachleuten, um die ermittelten Daten angemessen zu interpretieren. Insoweit unterstütze gender budgeting die Implementierung von gender mainstreaming.

Info: „Gender Budgeting – eine Methode als Grundlage für geschlechtergerechte Entscheidungen in der Politik – Erfahrungen aus Berlin“, von Margrit Zauner & Dilek Kolat MdA, 14 S., Kontakt zu den Autoren über margrit.zauner@berlin.de

Machbarkeitsstudie zu einem geschlechtergerechten Bundeshaushalt“

(fpd) Die Bundesregierung hat im Mai 2005 eine „Machbarkeitsstudie zu einem geschlechtergerechten Bundeshaushalt“ in Auftrag gegeben. Bundesfrauenministerin Renate Schmidt erklärte dazu, damit werde der Weg fortgesetzt, „gleichstellungspolitische Aspekte ins Handeln der Bundesregierung einzubeziehen: Gender Mainstreaming war der Anfang. Gender Budgeting ist konsequente Ergänzung.“ Die Studie soll „Wege aufzeigen, wie Geschlechtergerechtigkeit in den Bundeshaushalt integriert werden kann“ und wie die Politik „durch einen geschlechtersensiblen Umgang mit Einnahmen und Ausgaben und die resultierende größere Zielgenauigkeit verbessert werden kann“. Wenn die Auswirkungen öffentlicher Finanztransfers auf Frauen und Männer genau in den Blick genommen werde, erhöhe sich die „Passgenauigkeit“ der Vorhaben.

Gender Budgeting

(fpd) Als Beitrag zur vollständigen Umsetzung der Aktionsplattform der Pekingener Weltfrauenkonferenz, zur Prävention bewaffneter Konflikte und Sicherung eines „nachhaltigen Friedens“ hat die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) gefordert, den deutschen Bundeshaushalt friedens- und geschlechtergerecht zu reformieren. In einer von der Deutschen Sektion der IFFF verbreiteten Erklärung heißt es: „Die Militärausgaben wie die Ausgaben für die Innere Sicherheit, wie sie unlimitiert in den deutschen Sicherheitspaketen verabschiedet wurden, müssen auf den Prüfstand und reduziert werden... Im Zentrum von Gender Budgeting muss die Überprüfung der Militärausgaben, die Folgeabschätzung auf die Geschlechtergerechtigkeit und die menschliche Sicherheit stehen.“

(Die IFF hat Beraterstatus bei UN, UNESCO und UNICEF) – Info-Tel 08283-92927 – www.internationalefrauenliga.de

EMMA September/Oktober 2005

DAS steht bei uns im Programm?

Die profilierten CDU-Frauenpolitikerinnen hoffen auf eine Kanzlerin aus ihren Reihen. Aber sie wundern sich sehr über das „frauenfreie Programm“, das die Kandidatin vorgelegt hat.

Eigentlich wären die Vollblutpolitikerinnen noch voll einsetzbar. Doch alle drei werden in der künftigen Bundespolitik der Union keine direkte Rolle mehr spielen. Damit verlieren die Konservativen mit einem Schlag ihre drei Top-Emanzen der 80er und 90er Jahre. Zufall? Oder Absicht der Männerbündler, denen die drei Frauenpolitikerinnen schon lange lästig sind?

EMMA bat zum Gespräch: Ursula Männle, 61, Professorin für Politikwissenschaft, ledig, seit 1979 für die CSU im Bundestag, zehn Jahre lang Vorsitzende der CSU-Frauenunion, zeitweise Staatsministerin und seit 1998 nicht mehr im Bundestag. Männle kritisierte öffentlich das „Schneckentempo“ in der Frauenpolitik ihrer Partei. Irmgard Karwatzki, 65, ledig, Sozialarbeiterin aus Duisburg, wo sie zeitweise auch Bürgermeisterin war. Karwatzki ist seit 1976 im Bundestag und scheidet jetzt aus. In den 80ern war sie Staatssekretärin im Frauenministerium. Rita Süßmuth, 68, Pädagogikprofessorin, verheiratet und eine Tochter, trat 1981 als Quereinsteigerin in die CDU ein und wurde 1985 Frauenministerin. Galt als Feministin und erhielt von EMMA den Spitznamen „Lovely Rita“. Hier das Urteil der drei erfahrenen Frauenpolitikerinnen über das „Regierungsprogramm“ ihrer eigenen Partei.



Sind Sie drei zufrieden mit dem Programm?

Rita Süßmuth Das ist ein geschlechterneutrales Programm.

Haben wir auch eine geschlechterneutrale Gesellschaft?

Süßmuth Nein.

Ursula Männle Frauenpolitik kommt in dem Programm nicht vor. Wenn überhaupt, geht es um Familie. Das Programm ist halt von einigen wenigen gemacht worden, die das rein pragmatisch angegangen sind und sich gefragt haben: Was ist umsetzbar?

Irmgard Karwatzki Was wir als Frauen- und Familienpolitikerinnen immer schon gefordert haben, steht nicht in dem Programm. Da steht nur der – durchaus auch innerhalb der CDU umstrittene – „Kinderbonus“ für die Rente. Ab 2007 soll der Rentenbetrag pro Kind um 50 Euro im Monat ermäßigt werden.

Männle Aber auch nur für die ab 2007 geborenen Kinder ...

Süßmuth Und für Eltern, nicht für Mütter. Das ist also keine Stärkung der Frau, es sei denn, diese Ehe ist für die Ewigkeit geschlossen.

Männle Es geht nur um die Entlastung der Familie in der aktiven Zeit. Und der „Kinderbonus“ gilt auch nur bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes.

Karwatzki Das Wort „Frau“ kommt in dem Programm gar nicht vor.

Süssmuth Wir sind ja alle für „Eltern“ statt Mütter. Aber die realen Verhältnisse sind doch anders. Und wenn man das nicht benennt, verschleiert man die Verhältnisse.

Wenn Sie als erfahrene CDU/CSU-Frauenpolitikerinnen dieses Programm mitgeschrieben hätten – was würde dann da noch drinstehen? Sei es als konkretes Versprechen, sei es als programmatische Zielvorstellung?

Karwatzki Also in Relation zum Ziel – nämlich die wirkliche Gleichberechtigung – haben wir ja noch Nachholbedarf in allen Bereichen! Ich kann es zwar bald nicht mehr hören, aber man muss ja drüber reden: Bei der immer wieder beschworenen Vereinbarkeit von Beruf & Familie ist man überhaupt nicht weiter gekommen. Das sehr lobenswerte Ziel der SPD-Frauenministerin Schmidt, Geld in die Unterbringung der Kinder von null bis sechs zu investieren, kann ich nur bejahen. Aber das ist nur ein erster Schritt.

Männle Wir haben in unserem gesamtdeutschen Grundgesetz 1994 ja den Artikel 3 erweitert und der Staat wird darin über den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ hinaus aufgefordert, die tatsächliche Gleichberechtigung durchzusetzen: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Dazu haben Sie ja ganz persönlich als Politikerin ganz entscheidend beigetragen.

Männle Das haben wir Politikerinnen parteienübergreifend durchgesetzt. Aber da sind wir seither stehengeblieben. Dem muss sich der Staat stellen, sagen: Was ist erreicht worden – und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die noch nötigen Schritte durchzusetzen? Doch darüber ist in den letzten zehn Jahren überhaupt nicht mehr gesprochen worden. Auch von Rotgrün nicht. Bei den Parteien spielt die Gleichberechtigung keine Rolle mehr, und auch die Frauen selbst schweigen dazu. Selbst die Frauenpolitikerinnen drängen nicht mehr darauf, das anzugehen – weil ihnen dann sofort vorgehalten wird: Wir haben Wichtiges zu tun. Es geht um mehr Arbeitsplätze ...

Der alte Trick. Das bekannte Totschlagargument.

Süssmuth Es wird einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen, wo die tieferen Probleme liegen. Zum Beispiel im Programm. Da geht es überhaupt nicht mehr um Senkung der allgemeinen Wochenstunden – damit Mütter und Väter mehr Eltern sein können –, sondern nur noch um Teilzeit. Und gerade die Teilzeit ist ja die große Frauenfalle. Aber das wird nicht thematisiert.

Männle Ich glaube, dass man da dennoch realistischer geworden ist, weil immer mehr Frauen sich Kindern verweigern. Vor allem die qualifizierten. Und das will man jetzt schon aus rein demographischen Erwägungen ändern.

Noch stärker als die potenziellen Mütter verweigern sich die potenziellen Väter den Kindern, wie jüngste Untersuchungen zeigen. Das Wort Väter aber kommt in dem Programm gar nicht vor.

Süssmuth Stimmt. Dazu gehört auch, dass der Anteil der weiblichen Studierenden stärker zurück geht als der der männlichen.

Alle Ach ja ...?

Süssmuth Ja. Von vier Abiturienten studieren drei. Von vier Abiturientinnen aber studieren nur noch zweieinhalb. Die Gründe sind vielfältiger Art, auch finanzieller. Die Frauen fragen sich anscheinend zunehmend: Lohnt es sich?

Männle Und kriege ich nach dem Studium überhaupt einen Arbeitsplatz. Und dann sind die Frauen pragmatischer und sagen sich: Dann mache ich doch lieber gleich eine Lehre.

Kommt nicht die ideologische Aufwertung der Mutterrolle hinzu, die vor allem die Konservativen betreiben? Da ist es besonders verlockend, nach Hause zu flüchten.

Süssmuth Ich glaube nicht, dass es damit etwas zu tun hat. Die jungen Frauen heute sind hoch berufsorientiert – auch wenn sie Kinder wollen. Aber es scheint mir kein Zufall, dass in dem Programm nur zweimal die weibliche Form vorkommt: einmal „Bürgerinnen und Bürger“ – und dann nochmal „Mädchen und Frauen“. Ansonsten sind die Frauen schlicht vergessen worden. Andere Zielgruppen aber werden durchaus ganz explizit angesprochen: die Kinder, die Älteren, die Migrantinnen ... Da fällt es schon auf, dass „die Frauen“ nicht mehr vorkommen.

Karwatzki Vielleicht ist ja gerade das ein Ausdruck des Fortschritts – und finden es die Männer, die das Programm geschrieben haben, gar nicht mehr nötig, die Frauen noch extra zu erwähnen?

Alle Höhöhö ...

Sie sind ja alle drei, auf unterschiedliche Art, seit Jahrzehnten sehr engagiert und aktive Frauenpolitikerinnen. Jetzt liegt das „Regierungsprogramm der CDU/CSU 2005“ vor Ihnen, in dem die Frauen keine Rolle mehr spielen. Tragen dafür auch Sie Verantwortung? Haben Sie etwas falsch gemacht?

Karwatzki Nein! Wir haben ja auch einiges erreicht. Ich finde, da spiegelt sich in unserer Partei nur der allgemeingesellschaftliche Zustand: Es redet ja niemand mehr von den Frauen.

Süssmuth Dass viele junge Frauen ihre Beteiligung in der Welt heute als so selbstverständliches Recht empfinden, das ist das Ergebnis von Frauenpolitik: im Bereich der Rechte, im Bildungsbereich, überall ist viel passiert. Auch bei uns. Die CDU/CSU-Initiativen der letzten Monate gegen Frauenhandel und für die Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten – das hätten wir ohne das Engagement der Frauen nicht durch bekommen.

Stimmt. Da hat die CDU/CSU wirklich die Nase vorne. Hoffentlich passiert das dann auch!

Alle Das hoffen wir auch!

Süssmuth Und die Vergewaltigung in der Ehe ...

Alle Mein Gott, war das ein Theater ...

Süssmuth Und das haben wir 1996 dann ja auch nur alle zusammen durch gekriegt: durch den Schulterschluss der Politikerinnen aller Parteien, von rechts bis links. Dass endlich auch die Vergewaltigung in der Ehe nicht mehr straffrei ist!

Rotgrün zerreißt es zwar auch nicht vor Feminismus, aber zum Beispiel gegen das Problem Gewalt ist vor allem am Anfang der sieben rotgrünen Jahre kräftig angegangen worden.

Männle Aber der verstärkte Kampf gegen den Frauenhandel und die Forderung nach Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten, das steht nur bei uns drin.

Süssmuth Das ist auch gut so!

Karwatzki Doch selbst die Gewalt gegen Frauen spielt zur Zeit gesamtgesellschaftlich leider keine Rolle mehr.

Im SPD-Programm spielt die Gewalt aber durchaus eine Rolle. Und die SPD hat, genau wie die Grünen, auch ein ganz eigenes Kapitel Frauen.

Männle Die Autoren des CDU/CSU-Programms gehen eben davon aus, dass dieses Programm von ihrer Regierung abgearbeitet werden muss. Entsprechend pragmatisch ist es. Als zukünftige Opposition allerdings kann ich natürlich alles, was ich mir wünsche, ins Programm schreiben.

Süssmuth Und dann die Kleinkinderbetreuung. Was waren das für Kämpfe! Und wie anders stehen wir jetzt da. Zu meiner Zeit als Frauenministerin sind waschkörbeweise die Proteste der CDU-Klientel bei mir eingetroffen: Wir wollen keine staatlich verwalteten Kinder!

Stimmt, gerade in dem Bereich ist viel passiert in den letzten Jahren, auch innerhalb der CDU/CSU. Bis in die 90er Jahre hinein war die Betreuung von Kleinkindern ja des Teufels in Ihren Parteien. Aber dank der Frauenbewegung, dank den Ostfrauen und dank den berufstätigen Müttern ...

Süssmuth Auch das Einbeziehen der Wirtschaft in die Frauenförderung, das war damals so tabu wie heute das Antidiskriminierungsgesetz. Das war der Untergang der Bundesrepublik! Aber inzwischen findet auch die Wirtschaft, dass das wg. Familie brachliegende Berufspotenzial von Frauen eine Verschwendung ist. Die so lange geschlossene Türe hat sich geöffnet, wenn auch nur einen Spalt.

Gerade darum ist die vollständige Abwesenheit der Frauen im CDU/CSU-Programm unverständlich. Schlimmer noch: Es wird einer rückwärts gewandten Politik das Wort geredet. Stichwort Ehegattensplitting. Da schenkt Vater Staat alljährlich den Ehemännern mit Hausfrauen bzw. Teilzeitfrauen rund 21 Milliarden Euro Steuererleichterung – unabhängig davon, ob die (noch) Kinder haben oder nicht. Das ist also eine reine Begünstigung der Gattinnenehe. Dagegen protestieren auch konservative Politikerinnen schon seit Anfang der 80er Jahre (nachzulesen in EMMA). Seither kam das Ehegattensplitting immer mal wieder ins Gerede, aber immer nur durch Frauen und immer kleinlauter. Dabei wissen alle, dass das rausgeschmissenes Geld ist, das besser für Familien mit Kindern oder in die Kinderbetreuung investiert würde. Und was steht 2005 im CDU/CSU-Programm? Eine ausdrückliche, jubelnde Bejahung des Ehegattensplittings! Da heißt es im O-Ton: „Das Ehegattensplitting als Ausdruck des besonderen grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie bleibt erhalten. Es ist keine Steuervergünstigung, sondern Ausdruck der Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft Ehe.“

Karwatzki Dat steht wirklich bei uns so drin?! Also, mal am Rande gesagt: Dieses Programm ist ja von vier Männern geschrieben worden, davon zwei jüngeren. Da braucht man sich darüber nicht zu wundern.

Süssmuth Aber die Parteivorsitzende hat es verabschiedet.

Apropos. Viele deutsche Frauen träumen seit langem von einer Kanzlerin. Nun ist es passiert: Ausgerechnet die CDU/CSU hat eine Kandidatin nominiert. Was erhoffen Sie drei sich von der potenziellen Kanzlerin?

Süssmuth Ich hoffe, dass sie Erfolg hat! Ich möchte, dass die Nation endlich erfährt: Auch eine Frau kann das!

Und was soll sie können?

Süssmuth Naja ... Die Emanzipation der Frauen hat natürlich auch ihren Preis gehabt: nämlich die hohe Anpassung an männliche Verhaltensmuster. Auf dem Weg zur Macht geht das nicht anders. Wenn Merkel es schaffen würde, das wenigstens hier und da zu durchbrechen – das fände ich schon gut.

Männle Wenn das Programm scheitert, dann werden die Männer sagen: Das war ihr Programm.

Karwatzki Wenn das losgeht, müssen wir wie ein Mann vor Merkel stehen. Was mich aber überrascht, ist, dass die Medien die Ernennung einer Kanzlerkandidatin so hingenommen haben – dass da kein Aufschrei kam bei den Menschen. Das ist auch ein Verdienst der Frauenverbände und Feministinnen, von EMMA und anderen engagierten Journalistinnen.

Uns macht die Tatsache, dass es keinen Aufschrei gab, eher misstrauisch. Denn bis zur Ernennung der Kandidatin wurde Merkel ja sehr wohl permanent als Frau durch den Kakao gezogen: ihre Frisur, ihre Kleidung, überhaupt ihr Aussehen, ihr Girlscamp, ihr Führungsstil, die Ehe blahblahblah. Jetzt aber, nachdem sie – fast – an der Macht ist, wird plötzlich so getan, als sei gar nichts dabei, wenn eine Frau ins Kanzleramt einzieht. Jetzt wird diese Sensation runtergespielt. Warum? Weil man den Frauen als Kollektiv den Triumph nicht gönnen will?

Süssmuth Es möchte auch niemand mehr der Verhinderer gewesen sein.

Männle Zu dem Zeitpunkt musste es auf sie hinauslaufen. Aber wenn es noch ein halbes Jahr gedauert hätte, hätte man durchaus noch versucht, sie zu verhindern.

Schröder, der Kanzlerinnenmacher?

Alle Höhöhö.

Karwatzki An der Basis der Fraktion hat Frau Merkel eine breite Zustimmung dank ihrer sehr engagierten Arbeit.

Süssmuth Bei den Kompetenzen, die Angela Merkel hat, hat sie alle Chancen zum Erfolg.

Besteht aber nicht dennoch die Gefahr, dass da, wo Frau draufsteht, nicht automatisch auch Frau drin ist? Kann nicht gerade eine Kanzlerin sich erlauben, keine Politik mehr für Frauen zu machen? Ihre reine Existenz beweist ja: Frauen sind keine Grenzen mehr gesetzt.

Männle Schon als Frauenministerin war sie nicht unbedingt eine Feministin, aber doch sehr effizient. Nicht so demonstrativ nach außen, aber wirksam nach innen.

Merkel, eine heimliche Feministin?

Alle Murrel, murrel.

Karwatzki Ich erhoffe mir schon, dass eine Kanzlerin Merkel Frauen verstärkt in Positionen holen wird. Und nicht nur die, die jetzt schon immer genannt werden.

Männle Viele reden von Frauensolidarität, aber Pfeifendeckel! Nichts passiert. Merkel redet nicht von Frauenförderung, aber sie handelt. Das habe ich immer wieder selber erlebt.

Süssmuth Feminismus war für Merkel früher ein Fremdwort, die Frauenquote war ihr völlig unverständlich ... Das sieht sie heute anders. Dass im Merkel-Kabinett ausreichend Frauen sein werden, da habe ich keine Sorge.

Karwatzki Aber ich sehe schwarz für den Bundestag! Wegen des so plötzlich extrem verkürzten Wahlkampfes konnten keine Frauen mehr aufgebaut werden. Auch auf meinen Platz kommt keine Frau. Innerhalb von sechs Wochen konnte selbst ich die nicht aufbauen. Wenn wir nicht aufpassen, gibt es gewaltige Rückschritte!

Die CDU hat doch schon in NRW gezeigt, wohin der Trend geht: In Düsseldorf sitzen ja nur noch halb so viele Frauen in der CDU-Fraktion wie vorher, nämlich schlappe zwölf Prozent.

Karwatzki In NRW hatten wir so viele Direktmandate, dass die Frauen, die auf den Listen standen, nicht mehr rein kamen.

Süssmuth Aber die Frauen hatten eben auch nicht die Direktmandate. Ganz klar: Die Beteiligung der Frauen ist rückläufig. Die Verteilerkämpfe sind härter geworden, auch zwischen Männern und Frauen.

Was könnte eine Kanzlerin also für Frauen tun?

Karwatzki Sie muss in der Arbeitsmarktpolitik etwas bewegen. Sie muss ganz neue Formen finden – vielleicht Zwischenformen zwischen klassischer Berufstätigkeit und traditioneller Ehrenarbeit, und zwar für Frauen und Männer. Da muss sie wagen, Neues zu denken.

Männle Sie müsste zu mehr weiblichen Vorbildern beitragen. Nicht nur in der Politik, auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Die Wirtschaftsbosse muss sie fragen: Wo sind die Frauen? Sie muss dafür sorgen, dass die Bildung von Frauen nicht zurück geht, sondern voran. Und gerade sie sollte nicht zulassen, dass die Frauen mal wieder an allem schuld sind: an der Arbeitslosigkeit, weil sie in den Beruf drängen; an der Kinderlosigkeit, weil sie nicht genug kriegen ...

Süssmuth Wir haben lange über Defizite von Frauen gesprochen. Von einer Kanzlerin erwarte ich, dass sie die Leistungen von Frauen betont: wissenschaftlich, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Sie könnte Elitefrauen einladen, zusammenführen.

Und was würden Sie der Kandidatin selbst raten?

Männle Dass sie sich nicht unter Druck setzen lässt! Sie soll nicht in die Versuchung geraten, allen zeigen zu wollen, dass sie es besser kann als jeder Mann. Sie soll sie selbst bleiben, authentisch sein. Und in ihr Beratungsteam sollte sie Frauen aller Generationen aufnehmen. Eben auch ältere Frauen mit den so wichtigen Erfahrungen aus den 70er und 80er Jahren. Ich sehe die ganz große Gefahr bei den jungen Frauen, dass sie Probleme leugnen, weil sie sie noch nicht selbst erfahren haben oder weil sie sie nicht wahrhaben wollen. Die Vielfalt von Frauenleben muss sich in ihrem Umfeld spiegeln! Das liegt mir am Herzen.

Karwatzki Ich möchte, dass sie sich nicht in die bestehenden Männerbündnisse begibt, sondern im Girlscamp bleibt. Wenn eine Frau überleben will, dann braucht sie inmitten dieser Männerbünde einen festen Kreis, auf den sie sich blind verlassen kann. Hat sie den nicht, kann sie einpacken.

Süssmuth Wer, wenn nicht eine Kanzlerin kann es sich leisten, das Frauenthema zu thematisieren?! Ich verstehe ja gut, dass sie jetzt nicht mit dem Frauenthema nach vorne geht ...

Das verstehen wir alle. Aber dann?

Süssmuth Ja, dann muss sie es tun. Und sie muss wagen, anders zu sein! Dieses Gerede vom Styling etc – alles Quatsch. Sie soll die bleiben, die sie ist.

Männle Was immer sie macht – es ist falsch. Erst hat man gemeckert, sie schminkt sich zu wenig. Jetzt meckert man: Sie schminkt sich zu viel.

Karwatzki Da soll sie doch drauf pfeifen!

Männle Sie muss einfach glaubwürdig sein. Sie ist ja immer ihren Weg gegangen. Und sie auch immer unterschätzt worden.

Süssmuth Zu ihrem Glück.

Männle Und sie wird auch jetzt noch unterschätzt – das ist ihre Chance. Sie wird ihren Weg gehen.

Das Gespräch führten Alice Schwarzer und Chantal Louis, EMMA September/Okttober 2005.

Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen 1992 - 2002

Auftraggeber:

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW

Inhalt der Studie:

Der Bericht „Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen 1992 - 2002“ präsentiert Daten und Fakten zur allgemeinen und beruflichen Qualifikation, zu Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeitumfang. Weitere Themen sind: Risiko Arbeitslosigkeit, geschlechtsspezifische Berufsstruktur, geringfügige und befristete Beschäftigung, Sonderarbeitszeitformen, Tätigkeitsprofil, Stellung in der Hierarchie und Einkommen.

Die Daten zeigen, dass Frauen besser ausgebildet und häufiger berufstätig sind als früher. Eine tatsächliche Gleichstellung im Erwerbsleben ist aber noch nicht erreicht: Die Berufswahl ist immer noch geschlechtsspezifisch geprägt, in Führungspositionen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert und der Verdienstabstand zu den Männern ist immer noch hoch. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen wurden zwar ausgeweitet, vorrangig jedoch durch Teilzeitarbeitsplätze und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Diese erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gewährleisten aber meist weder ausreichendes Einkommen noch soziale Sicherung im Alter.

Fazit des Berichtes: Die Analyse der Entwicklung von Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen weist eine Reihe von positiven Trends auf, belegt „aber auch die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zur Verwirklichung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern deutlich.“ (aus dem Vorwort von Ministerin a. D. Birgit Fischer).

Ansprechpartner:

Alfred Hullmann, Tel.: 0211 9449-4207, alfred.hullmann@lds.nrw.de

Veröffentlichung:

„Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen 1992 - 2002“ (PDF-Datei, ca. 400 KB)

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Hinweis: Bericht kann in FD ausgeliehen werden.

